

Ressort: Politik

Bundesminister äußern Weihnachtswünsche

Berlin, 23.12.2018, 17:41 Uhr

GDN - Bundesminister und führende Wirtschaftsforscher haben kurz vor Heiligabend zahlreiche Weihnachtswünsche für das kommende Jahr geäußert. Auf die Frage, was sein dringendster Wunsch ist, sagte Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) der FAZ (Montagsausgabe), zentral sei "ein richtiger bundesweiter Vertrauensaufschlag durch die deutschen Automobilhersteller mit einem groß angelegten Umtauschprogramm für ihre Kunden am Heimatmarkt".

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wünschte sich für das kommende Jahr "eine nationale Bildungsallianz von Bund und Ländern für bessere Schulen, Ausbildung und berufliche Qualifikation". In Deutschland müsse Talent und Leistung zählen und nicht die Herkunft. Das stärke den sozialen Zusammenhalt und sei wirtschaftlich vernünftig, "um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu sichern". Katarina Barley, die im kommenden Jahr als Spitzenkandidatin der SPD in den Europawahlkampf zieht, wünscht sich zu allererst Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. "Das beste Mittel gegen steigende Mieten sind mehr Wohnungen", sagte die Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz. "Deswegen brauchen wir eine große Wohnraumoffensive, die von allen getragen wird - Bund, Ländern und Kommunen, Wohnungswirtschaft und Genossenschaften." Isabel Schnabel, Ökonomin der Universität Bonn und einzige Frau im Sachverständigenrat, hofft auf ein umfassendes Reformpaket im Euroraum, durch das letztlich sogar noch der Brexit abgewendet wird. Das Reformpaket müsse endlich die Abhängigkeit von Staaten und Banken durchbrechen und das EU-Budget am Subsidiaritätsprinzip neu ausrichten. In der Verteidigungspolitik, dem Klimaschutz, der Asylpolitik, der Terrorismusbekämpfung und dem digitalen Binnenmarkts müssten die Staaten gemeinsame Sache machen. "Am Ende wird Europa dadurch so attraktiv, dass sogar die Briten sich neu besinnen. Das wäre dann wirklich wie Weihnachten!", sagte Schnabel der FAZ. Einen Wunsch, der am Fest der Familie für Gesprächsstoff sorgen kann, hat DIW-Präsident Marcel Fratzscher: die Abschaffung des Ehegattensplittings und die Einführung eines Familiensplittings. Diese Reform sei ein entscheidender Schritt, "nicht nur um Familien zu fördern, sondern auch um für viele Frauen die großen Nachteile bei Bezahlung, Absicherung, Steuern und Arbeitszeit zu reduzieren".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-117454/bundesminister-aeussern-weihnachtswuensche.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com